

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich (ein Jahr 2,50 M.) halbjährlich 1,25 M. (durch die Post bezogen monatlich 2,20 M.) (abon-
nementsgebühr) Verlag: Dresden-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition:
Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 1725 / Postfachkonto: Dresden Nr. 1899. Dresden-Verlags-Gesellschaft
Scheitelfung: Dresden-2, Hauptbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 1725 / Drahtnachricht: Arbeiter-
stimme Dresden / Erscheinungstage der Redaktion: Mittwochs 16 18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeit gepaltene Hauptzeitschrift oder deren Raum 0,30 RM. für Familien-
anzeigen 0,20 RM. für die Restzeitschrift entsprechend an den dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Hauptbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Sensibilität besteht kein Anspruch auf Einlieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Freitag den 8. Februar 1929

Nummer 33

Ausnahmezustand im Reichstag

Löbe als Hausnecht der Koalition / Die Genossen Hoernle und Kollwitz aus der Sitzung ausgeschlossen / Kommunistische Sympathieerklärung für die litauischen und rumänischen Revolutionäre

Berlin, 7. Februar. (Eig. Bericht.)

In der heutigen Reichstags-Sitzung machte Präsident Löbe wahr, was Dittmann gestern bereits ankündigte. In Fortsetzung seiner Maßnahmen gegen die kommunistische Fraktion griff Löbe zum letzten Mittel, um die Kommunisten mundtot zu machen. Als Genosse Kollwitz zum litauischen Handels- und Schiffahrtsvertrag sprach, und dabei die litauische faschistische Regierung angriff, und die Rolle der Sozialdemokratie als Wegbereiterin des litauischen Faschismus aufzeigte, unterbrach Löbe den kommunistischen Redner, rief ihn zur Ordnung und unter kommunistischen Protestrufen kündigte er an, daß er dem Genossen Kollwitz das Wort entziehen werde. Genosse Kollwitz wollte keine Rede beenden mit einem Appell an die deutschen und litauischen Arbeiter, gemeinsam gegen den Faschismus zu kämpfen. Doch Löbe fiel ihm ins Wort und erklärte provozierend unter dem Beifall der Deutschnationalen: „Ein Appell an die Arbeiter gehört nicht hierher.“ Darauf antwortete Genosse Kollwitz: „Dann stellen Sie sich Herr Präsident, schäme ich vor die litauischen Arbeiter.“ Ohne weiteres verfügte darauf Löbe unter Händeklatschen der Sozialdemokraten und Bürgerlichen den Ausschluß des Genossen Kollwitz von der Sitzung. Zu gleicher Zeit begannen die im Saal anwesenden Sozialdemokraten mit den unerbötlichsten Schimpfereien gegen die kommunistische Reichstagsfraktion. Als ein Sozialdemokrat wieder rief: „Der ein Immetreu“ antworteten die kommunistischen Abgeordneten ebenfalls durch heftige Zwischenrufe. Ganz unversinnlicht verfügte dann Löbe den Ausschluß des Genossen Hoernle von der Sitzung. Als dieser nicht gleich den Sitzungsappell verließ, schloß Löbe die Sitzung auf 3 Minuten. Bei Wiederbeginn teilte er mit, daß Genosse Hoernle acht Tage von den Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen sei. Genosse Stöcker wollte zur Geschäftsordnung eine Erklärung abgeben. Löbe gab ihm nicht das Wort. Wieder riefen die Sozialdemokraten gemeinliche Schimpfworte, ohne daß sich Löbe gegen seine Parteigenossen rührte. Dagegen erteilte er ununterbrochen Ordnungsrufe an Mitglieder der kommunistischen Fraktion. Bei den Genossen Torgler, Jaddasch u. Müller kündigte Löbe ebenfalls den Ausschluß an. Zu diesen bisher noch nicht dagewesenen Provokationen traten die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten tosenden Beifall. Genosse Torgler teilte Löbe öffentlich mit, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dittmann, zu den Kommunisten „Immetreu“ gerufen habe. Für diese Mitteilung belam nicht Dittmann, sondern Torgler einen Ordnungsruf.

Löbe lehrte keine Provokationen in noch offensichtlicher Weise bei der Rede des Genossen Ende zum Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien fort. Nachdem sich vorher der deutsch-nationale Redner von Lindner-Wildau ausdrücklich mit den Ausführungen der sozialdemokratischen Rednerin, Loni Sender, solidarisierte, die dieses Abkommen mit der neuen „demokratischen“ Regierung Maniu, die in Wirklichkeit ein brutales Terrorregiment gegen die Arbeiter und Bauern ausübt, begrüßte, kennzeichnete Genosse Ende den wirtlichen Charakter dieses Abkommens. Wenn Deutschland 75% Millionen Goldmark an Rumänien ausliefern, um sich dadurch an der künftigen Antiehe für Rumänien zu beteiligen, so bedeutet das eine direkte Unterstützung der mit solchen Anleihen finanzierten rumänischen Rüstungsaufträge in Frankreich und in der Tschekoslowakei. Schon bei diesen Ausführungen wurde der kommunistische Redner von Löbe unterbrochen. Als Genosse Ende die arbeiter- und bauernfeindliche Politik der rumänischen Regierung mit reichen Unterlagen belegte, auf die Beibehaltung des alten Terrorregimes auch unter Maniu hinwies, und darauf, daß nach wie vor die Arbeiterführer Bujar und Stefanoff im Kerker liegen, neue fürchterliche Verurteilungen gefällt werden — unterbrach erneut Löbe den Redner und fragte das Haus, ob es weiter den Redner anhören wolle. Natürlich riefen Deutschnationale und Sozialdemokraten gemeinsam: „Nein!“ Genosse Ende antwortete auf diese Unterbrechung der freien Rede mit dem Ruf: „Wir fordern die Arbeiter auf, für die Befreiung der eingekerkerten rumänischen Klassen-genossen zu kämpfen!“

Auf die stürmischen Protestrufe gegen Löbes Vergewaltigung der kommunistischen Fraktion antwortete dieser mit dauernden Ordnungsrufen. Die Proklamierung des Ausnahmezustandes gegen die kommunistische Fraktion hat ihre Ursache in der immer schwieriger werdenden Lage, in der sich die Sozialdemokratie nach sieben Monaten Koalitionspolitik befindet. Die Sozialdemokratie hofft, auf diesem Wege die jetzt als „demokra-

Straßenbahner, lehnt das Lohnabkommen ab!

Organisiert den einheitlichen Kampf der sächsischen Straßenbahner und Gemeindegewerkschaften

Mit allen Mitteln versuchen die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Bewegung der sächsischen Gemeindegewerkschaften und die der sächsischen Straßenbahner abzuwürgen. Nachdem sie am 6. Februar einem vollständig ungenügenden Lohnabkommen für die sächsischen Gemeindegewerkschaften zugestimmt haben, haben sie am 7. Februar versucht, auch die Bewegung der Straßenbahner durch ein Abkommen zu erledigen. Die zwischen dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden einerseits, dem Deutschen Verkehrsband, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen andererseits geführten Verhandlungen endigten mit folgendem Abkommen:

„Ab 1. Februar erhöhen sich die Löhne des unter den Reichsmantelartikeln V 5 fallenden Personals um 6 Pf., mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 um einen weiteren Pfennig. Gleichzeitig werden mit Wirkung vom 1. Februar 1929 die Führerlöhne und ebenso die Schaffnerlöhne um je einen Pfennig erhöht. Dieses Abkommen gilt vom 1. Februar 1929 an und kann zeitweise mit wöchentlichem Frist für den 31. März 1929 aufgekündigt werden. Wird es nicht aufgekündigt, läuft es mit solcher Kündigungfrist für das Ende eines Monats fort. Erklärungsfrist der Parteien ist der 15. Februar 1929.“

Dieses Lohnabkommen muß von den Straßenbahnern Sachsens eine einstimmige Ablehnung erfahren. Die Forderungen, die die Straßenbahner aufgestellt hatten, lauten: 15 Pf. Stundenlohnsteigerung und Erhöhung der Funktionszulage um 5 Pf. Nach dem Abkommen soll das Straßenbahnpersonal, genau so wie die Gemeindegewerkschaften, sechs Pfennig Lohnerhöhung und einen Pfennig Funktionszulage erhalten. Genau so, wie die Werkstättenarbeiter der

Leipziger Straßenbahn mit überwiegender Mehrheit den am Montag gefällten Schiedsspruch abgelehnt haben, müssen jetzt auch die Gemeindegewerkschaften und das Straßenbahnpersonal dem schändlichen Tarifabkommen die Zustimmung verweigern. Das Verhalten der Reformisten hat unter den Belegschaften eine starke Erregung hervorgerufen.

So faßte eine Belegschaftsversammlung des Gaswerks Reich einstimmig folgenden Beschluß:

„Die am 7. 2. stattgefundene Betriebsversammlung des Gaswerks Reich fordert die Urabstimmung über den gefällten Schiedsspruch von sämtlichen Kollegen. Gleichzeitig spricht die Versammlung den streikenden und ausgepöbelten Kollegen in Leipzig ihre Sympathie aus. Wir verlangen von der Leitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Maßnahmen zu treffen, um bei einer Ablehnung des Schiedsspruches sofort in den Kampf einzutreten zu können.“

Die Aufgabe der Gemeindegewerkschaften und des Werkstätten- und Fahrpersonals der Straßenbahner ist nun, sofort eine gemeinsame Kampffront zu schaffen und einheitliche Streikleitungen zu wählen. Der Sozialfaschist Haack soll als Landesgeschäftsführer für Sachsen und als Vertreter der Interessen der sächsischen Industrie in den heutigen Verhandlungen dem Kampf ein Ende bereiten. Er wird seinem Freunde Wiffel vorschlagen, die in den letzten Tagen gefällten Abkommen für verbindlich zu erklären.

Stärkste Mobilisation der Belegschaft gegen diese drohende Verbindlichkeitsklärung, Kampf auch dann, wenn die Schiedssprüche für verbindlich erklärt sind.

Reichstags-Sitzungsbericht

Berlin, 7. Februar. (Eigener Bericht.)

Um 2 Uhr eröffnete Präsident Löbe die Sitzung. Bei der Beratung des deutsch-litauischen Handelsvertrages führt Abgeordneter v. Lindner-Wildau (DN) Rede über die Benachteiligung deutscher Grundbesitzer in Litauen. Das Auswärtige Amt werde hoffentlich diese Dinge verfolgen. Abg. Luft (Soj.): Der Vertrag ist ein Instrument zur wirtschaftlichen Beendigung (?).

Genosse Kollwitz:

Wir begrüßen es, daß es den Wertigkeiten an der Grenze gelungen ist, die schändlichen Grenzbestimmungen zu Fall zu bringen. Aber das ist nur eine Seite des Vertrages. Der Vertrag schließt in sich die Verweigerung des Antrages an politische Emigranten. Litauen ist das Land des ausgeprägten Faschismus. Mit Hilfe der Sozialdemokraten vom Schlage Winog und anderer ist die Räterepublik Litauens zu Fall gekommen. Auch hier waren die Sozialdemokraten die Wegbereiter des Faschismus. Unter Woldemaros herrscht jetzt ein fürchterliches Terrorregiment gegen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter. Wir bekommen eben die telephonische Nachricht, daß das Volkrecht für die litauischen politischen Emigranten in Deutschland aufgehoben ist. (Hört, hört! bei den Kommunisten) Uns liegt ein Protokoll vor, nach welchem heute 30 litauische Emigranten von der deutschen Regierung an den litauischen Heerführer ausgeliefert werden sollen. (Plurule bei den Kommunisten, Glöde des Präsidenten.) Wir appellieren an die deutschen und litauischen Arbeiter — (Löbe unterbricht den Redner und erklärt, daß ein Appell nicht hierher gehört — Plurule bei den Kommunisten) — Die Arbeiter werden den Kampf gegen die Heerführer Woldemaros weiterführen. (Braul bei den Kommunisten) — Löbe erteilt dem Genossen Kollwitz erneut einen Ordnungsruf) Genosse Kollwitz antwortet Löbe: Durch Ihre Haltung stellen Sie sich schuldig vor den litauischen Faschismus — Löbe verläßt kurzerhand den Ausschluß des Genossen Kollwitz von der Sitzung.

Sozialdemokraten und Bürgerliche quittieren mit tobendem Beifall. Als Genosse Kollwitz den Saal verläßt, richten die Sozialdemokraten dauernde Schimpfereien gegen die Kommunisten. Ohne einen einzigen Ordnungsruf erteilt zu haben, verfügt Löbe den Ausschluß des Genossen Hoernle unter Brandgerampel und Händeklatschen der sozialdemokratischen-deutschnationalen Einheitsfront. Im allgemeinen Tumult schließt Löbe die Sitzung und eröffnet sie wieder nach fünf Minuten.

Genosse Stöcker meldet sich zur Geschäftsordnung. Löbe erteilt ihm das Wort. (Zurufe: Löbe, der Hausnecht!) Und Löbe antwortet mit Ordnungsrufen und Androhungen weiterer Herausforderungen. Er erklärt den Genossen Hoernle für nicht stimmberechtigt.

Zuruf des Genossen Torgler: Was geschieht mit den „Immetreu“-Kaisern? — Genosse Torgler erhält einen Ordnungsruf.

In der zweiten Periode des deutsch-rumänischen Abkommens begrüßt Abg. Frau Sender (Soj.) dies Abkom-

liche Arbeiterchaft von den Folgen ihrer verräterischen Koalitionspolitik abzuwenden und die für sie unangenehme politische Kritik der Kommunisten im Parlament zu unterstützen. Insbesondere hofft die Sozialdemokratie, auf diesem Wege ihre erbärmliche Haltung in der Erwerbslosenfrage, in der sie erst in der heutigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses erneut eine Niederlage erlitten hat, vor dem Millionenheer der Erwerbslosen zu verhehlen. Die Haltung der Sozialdemokratie zeigt, daß sie um der Koalition willen bereit ist, mit den schärfsten Mitteln des Terrors gegen die ihr mit jedem Tag unabweimer werdende kommunistische Partei in- und außerhalb des Parlaments vorzugehen.

Gegenüber diesem faschistischen Terrorregiment der sozialdemokratischen Führer muß die Arbeiterchaft in geschlossener Front mit dem verstärkten Kampfe gegen die arbeiterfeindliche Koalitionspolitik antworten.

Der Koalitionsschacher geht weiter!

Berlin, 8. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Schacher um die Große Koalition geht trotz dem Rücktritt des Zentrums unentwegt weiter. Der sozialdemokratische Pressedienst erklärt heute im Vormärts eine erneute Liebeserklärung an das Zentrum und schreibt: „Der Rücktritt des Zentrums aus der Reichsregierung ist von der Öffentlichkeit im allgemeinen sehr ruhig aufgenommen worden und das hat seinen Grund wohl in der Annahme, daß die oppositionelle Stellung der Partei, die 10 Jahre hindurch am Kabinett beteiligt war, nicht von langer Dauer sein wird (?). Was soll nun weiter werden? Wir sagen ganz offen, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer schwer ertragbar ist. Wir werden, wenn keine Verständigung erfolgt, schließlich vor die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung gestellt werden. Kann dieser Weg irgend jemanden wünschenswert erscheinen, der den Parlamentarismus in Deutschland behält? Sollten wir nicht im Gegenteil auch jetzt noch bemüht sein, den Weg zu einer schnelleren Einigung zu finden?“ — Der Vormärts berichtet zugleich, der preussische Ministerpräsident Braun habe die preussischen Regierungsparteien Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten auf heute 15 Uhr zur Bereinigung der Koalitionsfrage eingeladen. Auch an die Deutsche Volkspartei ist eine Einladung zu dieser Sitzung des Interparlamentarischen Ausschusses ergangen.